

Solidarität - keine wohltätige Hilfe!



Das „Gesundheitszentrum der Solidarität“ in Thessaloniki

Am Tag unseres Besuchs haben Moises und Fanny Dienst. Moises ist Kinderärztin, Fanny Zahnärztin. Anastasia, eine Psychotherapeutin, hat sich an ihrem arbeitsfreien Samstag extra für uns auf den Weg gemacht. Insgesamt arbeiten im „Gesundheitszentrum der Solidarität“ in Thessaloniki etwa 40 Ärztinnen und Ärzte sowie weiteres medizinisches Fachpersonal – alle ehrenamtlich und unentgeltlich. Die Räume gehören der Regionalorganisation Thessaloniki des Griechischen Gewerkschaftsverbandes und werden dem Gesundheitszentrum unentgeltlich überlassen. Unser erster Eindruck: Hier wird in einem politischen Projekt gearbeitet. Antifaschistische Plakate hängen neben Kinderzeichnungen aus aller Welt und Informationen in mindestens vier nichteuropäischen Sprachen.

Die Ärztinnen und Ärzte des Zentrums intervenierten kürzlich in den öffentlichen Krankenhäusern, um eine "Blutspendeaktion" der Faschisten zu stoppen. Letztere hatten dazu aufgerufen, „griechisches Blut nur für Griechen“ zu spenden. Die Krankenhausleitungen hatten die Aktion gestattet und die notwendigen Einrichtungen zur Verfügung gestellt. Dennoch wurde die Aktion für die Faschisten zum Fiasko: Außer ihren eigenen Leuten war niemand zur Blutspende erschienen, allzu offensichtlich war der Unsinn. Auf dem Flugblatt des „Gesundheitszentrums der Solidarität“ wurde nüchtern und sachlich dargelegt, dass das gespendete und nach Blutgruppen sortierte Blut vor seiner Verwendung mit unzähligen andern Spenden vermischt wird. Gleichwohl schafften es die Faschisten einmal mehr, mit ihrer Aktion in die Medien zu kommen.

Ursprünglich zur medizinischen Versorgung von Flüchtlingen gegründet, wird das „Gesundheitszentrum der Solidarität“ zunehmend auch von Einheimischen in Anspruch genommen, welche die Gebühren des staatlichen Gesundheitssystems nicht mehr aufbringen können. Und eine weitere Verschlechterung der Gesundheitsversorgung steht erst noch bevor: Die rund 140 staatlichen Krankenhäuser sollen auf 60 reduziert und alle andern geschlossen werden. Das „Gesundheitszentrum der Solidarität“, erklären uns Moises und Fanny, könne nur eine Art erste Hilfe bieten, für Therapien und längerfristige Behandlungen reichten die Kapazitäten nicht. Hier setzt der politische Anspruch an: Der Staat wird weiterhin in die Pflicht genommen und die Durchsetzung des Rechtes auf medizinische Behandlung auch für die sozial Benachteiligten gefordert.

Medikamente, die hauptsächlich gebraucht werden, sind Impfstoffe. Das Problem bei Medikamenten, die im Ausland gesammelt werden, ist die fehlende inländische Zulassung. Selbst wenn ein Medikament dieselben Wirkstoffe enthält, aber einen anderen Namen hat, ist es nicht zugelassen. Darum ist es am einfachsten, wenn die benötigten Medikamente vor Ort gekauft werden. Die 700 Euro von unseren gesammelten Spenden übergaben wir in der Gewissheit, dass das Geld einer wichtigen politischen Initiative zu Gute kommt, die in Griechenland weiter Schule machen wird.

Weitere Informationen: www.labournet.de/internationales/gr/leder1.html#anm3

„Was wir wollen ist eine Arbeiterkooperative“

Ein Besuch im besetzten Betrieb „Viomichaniki Metalleutiki“ in Thessaloniki

Ganz so, wie man sich einen besetzten Betrieb vorstellt, sieht es nicht aus. Ein schweres Eisentor versperrt die Zufahrt, keine Spur von den sonst üblichen Transparenten. Auf dem großen Gelände lagern Kalk und andere Baurohstoffe. Hier wurden Kacheln, Bodenbeläge und speziell beschichtete Dämmplatten für Wärmeisolierung an Gebäuden hergestellt. Nach dem Konkurs der ehemaligen Muttergesellschaft Filkeram-Johnson gab es auch für „Viomichaniki Metalleutiki“ keine Aufträge mehr. Die Kunden wanderten zur Konkurrenz ab oder bezogen die Produkte aus dem Ausland. Zuletzt war noch eine Menge minderwertigen Rohmaterials eingekauft worden. Vieles spricht für einen betrügerischen Konkurs, der absichtlich herbeigeführt wurde.

Seit dem Mai 2011 haben die Arbeiter keine Löhne mehr bekommen. Im Juli setzte sich der ehemalige Besitzer dann endgültig ab. Es gab kein ausreichendes Rohmaterial mehr, mit dem man hätte weiter produzieren können. Die Belegschaft will sich aber nicht mit der Arbeitslosigkeit abfinden, sie will wieder selber produzieren. Aufträge gäbe es genug, auch aus dem benachbarten Ausland, aus dem Balkan, aus Zypern und aus Israel.

Unstrittig ist, dass das Inventar wegen der ausstehenden Löhne inzwischen den Arbeitern gehört. Was fehlt, sind die Besitzanteile an der Firma. Solange sie diese nicht haben, dürfen sie keine Produkte verkaufen. Die Arbeiter wollen sie vor Gericht einklagen, aber das Verfahren zieht sich hin. Anträge bei einer europäischen Behörde für Arbeitslosigkeit auf Förderung ihres Projektes blieben bisher erfolglos. Ebenso ein gewünschter Termin beim Ministerium für industrielle Entwicklung. Auch bei der griechischen Arbeitsagentur haben sie noch keinen Termin.

Nun soll mit einem Marsch nach Athen Druck gemacht werden. Diese „Karawane der Solidarität“ startet in Alexandroupoli, ganz im Nordosten, sammelt in Thessaloniki weitere Teilnehmende und fährt anschließend weiter durch Griechenland. Es soll einen Lawineneffekt geben, der Menschen in ähnlicher Lage mitzieht. Die Ankunft in Athen ist für den 14. Oktober geplant. Dort wird man öffentlich dem Ministerpräsidenten die Forderungen übergeben. Die Arbeiter wollen den Platz vor dem Sitz des Ministerpräsidenten besetzen und ihn erst wieder verlassen, wenn ihre Forderungen erfüllt sind.

Wir werden von etwa 15 Arbeitern begrüßt. Milenko berichtet über die Arbeit seiner Gruppe in Serbien, wo es eine ganze Reihe von Betrieben gibt, die von den Arbeitern übernommen wurden, weil sie sonst geschlossen worden wären. Es gebe auf dem Balkan ähnliche Kultur- und Wirtschaftsstrukturen. „Viomichaniki Metalleutiki“ hat auch Kontakte zu Mondragon in Spanien, der weltweit größten Genossenschaft.

Auf unsere Frage an die Arbeiter, wie sie in dieser Situation überleben könnten, erfahren wir, dass sie ein Jahr lang Arbeitslosengeld in Höhe von rund 350 Euro erhielten, das nun ausgelaufen ist. Jetzt bekommen sie Lebensmittelspenden und andere Unterstützung aus der Bevölkerung. Milenko übergibt unsere Spende von 700 Euro. Auf einem Plakat quittierten die anwesenden Arbeiter die Unterstützung ihres Kampfes mit ihrer Unterschrift.

Weitere Informationen gibt es auf der Internetseite: <http://biom-metal.blogspot.gr/>

„In Indien ja, aber doch nicht in Europa!“

Ein Besuch in einem selbstorganisierten Gesundheitszentrum in Athen

Einige von uns besuchen eines jener selbstorganisierten Gesundheitszentren, die versuchen, nach dem weitgehenden Zusammenbruch der öffentlichen Gesundheitsversorgung die medizinische Betreuung der Bevölkerung so gut es geht aufrechtzuerhalten. Ein Teil der gesammelten Spendengelder soll für dieses wichtige Engagement verwendet werden. Nun erklärt man uns, dass keine Geldspenden entgegengenommen werden. Geld scheint in Griechenland nach all den Korruptionsskandalen derart in Verruf gekommen zu sein, dass die verschiedenen Initiativen von Selbstorganisation so weit wie möglich ohne auskommen wollen. Stattdessen erhalten wir eine Liste mit den benötigten Medikamenten und werden gebeten, diese in der nahe gelegenen Apotheke zu besorgen. So kaufen wir mit den 500 Euro Impfstoffe für Kinder und andere medizinische Produkte. Der Apotheker legt von sich aus noch einiges drauf, weil er das Zentrum kennt.

Am Abend ist Tania, unsere Reiseteilnehmerin aus Spanien, noch immer fassungslos: „Ich hätte nicht gedacht, dass ich im 21. Jahrhundert in Europa mit Spendengeldern Medikamente für ein Gesundheitszentrum einkaufen würde. In Indien ja, aber doch nicht in Europa!“

„Es geht um eine neue Gesellschaft“

Ein Besuch in einem sozialen Zentrum in der Nähe des Athener Polytechnikums

Am Sonntagabend gehen einige von uns mit Christos zusammen in ein autonomes Zentrum, das sich noch im Aufbau befindet. Auf den ersten Blick hat es wenig gemeinsam mit einem besetzten Haus, wie wir es aus Deutschland oder andern Ländern kennen. „Wir wollten von Anfang an etwas Dauerhaftes aufbauen“, erklärt er uns. Das Haus, in dem früher eine Privatschule untergebracht war, wird nach und nach renoviert. Mit Materialspenden, die sie erhalten, und unzähligen Stunden unentgeltlicher Arbeit. Das Erdgeschoss ist bereits fertig, die andern Stockwerke werden folgen. So weit wie möglich wollen sie ohne Geldspenden auskommen, nur mit Naturalspenden und freiwilliger Arbeit – als erste Schritte hin zu einer neuen Gesellschaft, in der es kein Geld mehr geben wird.

Im entstehenden sozialen Zentrum in der Nähe des Polytechnikums sind verschiedene Arbeitsgruppen tätig, unter anderem eine Rechtsberatung für Menschen, die sich weigern, die neuen, schlechteren Arbeitsverträge zu unterzeichnen. Ähnliche Initiativen gebe es in ganz Griechenland. Eine breite Bewegung, der sich auch viele angeschlossen haben, die letztes Jahr an der Syntagma-Platzbesetzung aktiv dabei waren. Demnächst werde übrigens eine Landkarte Griechenlands entstehen, wo jede und jeder online seine Ortschaft anklicken und sehen könne, welche Möglichkeiten zur Selbsthilfe es an seinem Ort bereits gibt.

Griechenland wird oft als „Experimentierfeld“ bezeichnet, das zeigen soll, wie weit die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten vorangetrieben werden kann. Griechenland scheint allerdings ebenso zu einem Laboratorium zu werden, in welchem neue Formen der Produktion und des Austausches ausprobiert werden. Das ist an Sätzen zu erkennen, die Christos so ganz beiläufig ausspricht. Wenn er beispielsweise sagt: „Bei uns ist eine ähnliche Situation wie in Nordafrika, es geht darum, das Regime zu stürzen. Nicht um einen

Regierungswechsel, sondern um eine neue Gesellschaft, die sich aus der heutigen Situation heraus entwickelt.“

Solche Worte klingen unglaublich utopisch, wie eine Botschaft aus einer andern Welt. Es ist allerdings eine frohe Botschaft, voller Hoffnung und Glauben an eine bessere Zukunft. Alles andere als Resignation und Verzweiflung, angesichts der tiefen wirtschaftlichen und sozialen Krise, die von den Menschen in Griechenland als eine Art "Kriegszustand" empfunden wird, in einem Krieg, der nie erklärt worden ist und in dem sich ihr Land dennoch befindet. Denn die dramatischen wirtschaftlichen Einbrüche, die Griechenland gegenwärtig erlebt, sind früher nur in Kriegszeiten erreicht worden. Das Selbstvertrauen von Christos und seinen Freunden drückt sich auch in einem andern Satz aus, der ihm ebenso beiläufig über die Lippen kommt: "Wir Griechen brauchen keine wohltätige Hilfe, wir sind nicht schwach, wir haben die Macht, die Entwicklung Europas zu beeinflussen."

Am folgenden Donnerstag, anlässlich eines Interviews mit ihm, übergeben wir Christos 500 Euro aus unseren Spendengeldern für den Aufbau des sozialen Zentrums.

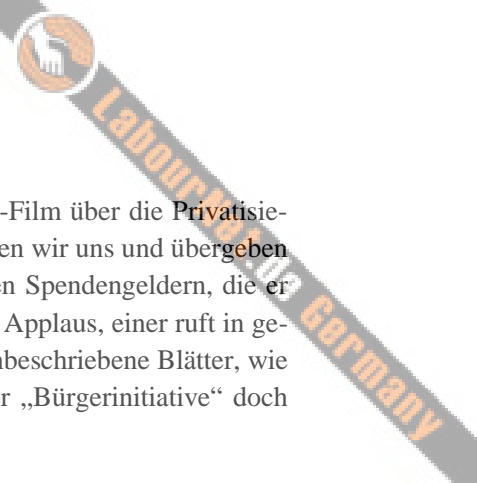
"Freiheit der Strände!"

Besuch beim besetzten Campingplatz von Voula

„Unsere erste Aktion war, dafür zu sorgen, dass die Menschen wieder kostenlos im Meer baden können. Denn nebenan muss man sieben Euro bezahlen, damit man an den Strand kommt“, erklärt uns der Mann, der uns an der Endstation der Straßenbahn Linie 5, die vom Syntagma-Platz nach Voula, einer Vorortsgemeinde von Athen, führt, abgeholt hat, um uns das Gelände zu zeigen, das von der Küstenstraße bis an den Strand reicht und dem griechischen Staat gehört.

„Zwanzig Jahre lang war der Campingplatz nicht mehr benützt worden. Am 10. Juni haben wir das Gelände besetzt, damit es der Öffentlichkeit wieder zur Verfügung gestellt werden kann.“ Die AktivistInnen, die zur Organisation „Enallaktiki Drasi“ (Alternative Aktion) gehören, säubern in Freiwilligenarbeit regelmäßig den Strand. Der Bürgermeister, der die Aktion unterstützt, lässt die Abfälle durch die Müllabfuhr abholen. Auch vom griechischen Staat haben sie bereits Post bekommen: Die Sache sei nicht gesetzeskonform... Im Hintergrund stehen die Pläne der Regierung, aus dem ganzen Küstenstreifen von Saronikos, von Piräus bis zum Kap Sounion, eine Anlage für den Luxus-Tourismus zu machen. Betroffen wäre auch ein Behindertenheim auf dem angrenzenden Gelände. Die behinderten Kinder müssten weichen, damit nachher dort die Schönen und Reichen baden können. „Nein zur Riviera von Saronikos!“ steht auf einem Spruchband am Eingang des Campings.

Der Zufall will es, dass wir gleich an einer Vollversammlung des besetzten Campings teilnehmen können, die einmal wöchentlich stattfindet. Anfänglich sind es ein knappes Dutzend Personen, die sich einfinden und über die nächsten Aktionen diskutieren. Nach und nach stoßen weitere dazu, insgesamt etwa zwanzig Leute. Die Sonne ist soeben untergegangen, vom Meer her weht ein kühles Lüftchen, die Frauen hüllen sich in Strickjacken. Hauptthema der Versammlung ist die Teilnahme mit einem eigenen Transparent am Generalstreik vom 26. September. „Schreiben wir doch einfach 'Freiheit der Strände!' auf das Spruchband“, schlägt eine Frau vor. Die Versammlung erinnert an irgendeine Bürgerinitiative von Menschen, die sich erstmals öffentlich engagieren und sonst nichts mit Politik am Hut haben.



Anschließend an die Versammlung schauen sich die Anwesenden den Navigator-Film über die Privatisierung der englischen Eisenbahnen an. Vor Beginn der Filmaufführung verabschieden wir uns und übergeben dem Vorsitzenden zur Unterstützung des Projekts 500 Euro aus den gesammelten Spendengeldern, die er dankbar entgegennimmt. Sogleich verkündet er den andern die Neuigkeit. Großer Applaus, einer ruft in gebrochenem Deutsch: „Die Zukunft gehört dem Sozialismus!“ Ganz so politisch unbeschriebene Blätter, wie es auf den ersten Blick ausgesehen hat, scheinen einige der AktivistInnen dieser „Bürgerinitiative“ doch nicht zu sein.

Auf „Eleftherotypia“ folgt die „Zeitung der Redakteure“

Ein Gespräch mit den neuen Zeitungsmachern

Babis Agrolabos, ein ehemaliger Redakteur von „Eleftherotypia“, hat uns eingeladen und will uns sein neues Zeitungsprojekt vorstellen. Wir treffen ihn und zwei junge Kollegen in den Räumen der künftigen Zeitung. Die Büromöbel sind bereits da, alles andere fehlt noch. Die benötigten Arbeitsgeräte wie Computer und Laptops sollen demnächst eingerichtet werden. Die Vorbereitungen für die neue Tageszeitung laufen auf Hochtouren.

Von den hundert Leuten, die beim Projekt mitwirken, kommen neunzig von der „Eleftherotypia“ (auf Deutsch: „Freie Presse“), die seit dem Ende der Militärdiktatur 1974 bis im letzten Jahr erschien. 800 Beschäftigte arbeiteten bei der „Eleftherotypia“, davon 200 Redakteure und Journalisten. Längst nicht alle sind daher beim neuen Projekt dabei, einige hoffen noch immer, „Eleftherotypia“ werde wieder in Betrieb gehen. Angesichts der hohen Schulden sei das unrealistisch, finden unsere Gesprächspartner. Außerdem glaubten jene, die bei „Eleftherotypia“ geblieben sind, eine Zeitung könne nur funktionieren mit Chefredaktion und klarer Hierarchie. Die neuen Zeitungsmacher dagegen setzen auf eine kollektive, genossenschaftliche Lösung. Jede(r) von ihnen hat 1000 Euro in die Genossenschaft einbezahlt und hat eine Stimme an der Versammlung, die dreimonatlich stattfindet und den Chefredakteur sowie die Ressortchefs wählt. Die Genossenschaft hält 51% der Anteile, die restlichen 49% sollen von beliebigen Geldgebern kommen.

Die ersten beiden Monate werden alle umsonst arbeiten, dann wenigstens zum gewerkschaftlichen Mindestlohn. Damit das Projekt wirtschaftlich tragbar ist, brauchen sie mindestens eine verkaufte Auflage von 15.000 werktags und 40.000 am Wochenende. (Zum Vergleich: Bei „Eleftherotypia“ waren es 30.000, bzw. 100.000, „Avgi“, die Tageszeitung von Syriza hat 2.500, bzw. 5.000. Für Deutschland müsste man die Zahlen etwa versiebenfachen.) Da der Titel „Eleftherotypia“ Teil der Konkursmasse und somit blockiert ist, wird die neue Zeitung schlicht und einfach „Redakteurszeitung“ heißen.

Anfänglich sind wir etwas skeptisch, lassen uns dann aber überzeugen und ein wenig von der Begeisterung dieser mutigen Zeitungsmacher mitreißen. Inzwischen sind weitere Leute eingetroffen. Tagsüber gehen sie ihrer normalen Lohnarbeit nach, abends arbeiten sie unentgeltlich für die neue Zeitung. Freiwilligenarbeit, Selbstverwaltung und Selbstorganisation sind die kollektiven Lösungen, die aus der Not geboren werden und angefangen Gestalt anzunehmen, damit in Griechenland das Leben weitergeht. Aus diesem Grunde kaufen wir mit den Spendengeldern einen symbolischen Genossenschaftsanteil von 1000 Euro und sind gespannt auf die Erstausgabe vom 15. Oktober.

Abends wollen einige von uns an einem Treffen im Polytechnikum teilnehmen. Dort wird eine Kampagne von Syriza zur Koordination der verschiedenen Projekte von Selbstorganisation vorgestellt. Der Hörsaal ist aber derart überfüllt, dass wir gleich wieder gehen. Da ohnehin alles auf Griechisch ist, verpassen wir nicht viel. Dass ein solcher Andrang herrscht, zeigt jedenfalls das große Interesse am Thema und ist bestimmt kein schlechtes Zeichen.

Weitere Informationen: www.taz.de/berleben-in-Griechenland/!87721/

Das Arbeiterzentrum von Livadia

Im Anschluss an den Besuch des Aluminiumwerks in der Nähe von Distomo sitzen wir mit einigen Arbeitern, die wir dort kennen gelernt haben, beim Essen. Yiannis Stathas, 37 Jahre, ebenfalls Aluminiumarbeiter, ist seit Juni Abgeordneter von Syriza. Als einziger Arbeiter im griechischen Parlament fühlt er sich als Außenseiter. Es wäre gut, meint er, wenn es noch ein paar Arbeiter mehr hätte, dann könnten sie ihre Anliegen besser einbringen. Nicht nur der Parlamentsbetrieb ist ihm fremd, auch den Privatwagen, auf den er als Abgeordneter Anrecht hätte, hat er abgelehnt. Lieber fährt er in seinem alten Auto herum, obwohl dieses noch nicht restlos abbezahlt ist. Von den zwei Leibwächtern, die jeder Parlamentarier zu seinem Schutz hat, will er ebenfalls nichts wissen. Die sollen lieber die Bevölkerung in Livadia vor Kriminellen schützen, findet er. In der Kleinstadt am Fuß des Parnass-Gebirges, an der Autobahn Lamia-Athen, engagiert er sich in der Freizeit im Arbeiterzentrum, das von Basisgewerkschaften verschiedener Berufe gegründet wurde und auch ein Gesundheitszentrum umfasst. Zur Unterstützung des Arbeiterzentrums übergeben wir ihm 500 Euro aus den gesammelten Spendengeldern.

Hintergrund

„Wir erwarten keine Wohltätigkeit, sondern Solidarität!“

Ein Treffen mit dem Syriza-Abgeordneten Costas Isychos

Costas Isychos, Mitglied des politischen Sekretariats von Synaspismos, ist ein Aktivist mit Leib und Seele. Lebhaft und engagiert schildert er die katastrophalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände in seinem Land. Von einer Jugendarbeitslosigkeit, die in den Städten bereits über 50 Prozent liegt, Tendenz steigend.

Besonders beunruhigend ist für ihn, wie die Faschisten der „Goldenen Morgenröte“ versuchen, das soziale Elend zu ihren Gunsten zu nutzen und wie der Staat ihnen freie Hand lässt. Es vergehe keine Nacht ohne Übergriffe auf Einwanderer, mit Verletzten und Toten, die Opfer des faschistischen Terrors werden. Mit ihren Absichten, erzählt uns Costas, halten die griechischen Nazis nicht hinter dem Berg: Zuerst würden sie mit den Einwanderern aufräumen, nachher kämen die Homosexuellen dran und anschließend die Linken.

Dass diese Bedrohungslage von den Syriza-Leuten sehr ernst genommen wird, ist nur allzu verständlich. Sie wollen den faschistischen Sumpf trockenlegen, bevor er endgültig zur Massenbewegung wird. „Wir müssen den Menschen wieder eine Perspektive geben, sonst gehen sie zu den Faschisten!“, fasst Costas ihre Abwehrstrategie zusammen. Wenn den Menschen der Boden unter den Füßen weggezogen werde, wie gegenwärtig in Griechenland, sei die Gefahr groß, dass sie empfänglich würden für einfache Lösungen, die darin bestehen, dass sie ihre Wut auf jene richten, die noch schwächer sind. Damit die sozial Deklassierten nicht in diese Falle tappen, müsse man ihnen positive Alternativen bieten. „Die Leute wollen keine schönen Worte hören, sondern Taten sehen!“, macht Costas klar. Nicht ideologische Konzepte, sondern praktische Solidarität sei gefragt. Darum setze sich Syriza mit aller Kraft für Selbsthilfeprojekte ein.

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung war im letzten Winter das Projekt mit den Kartoffeln, welche die Produzenten den Verbrauchern für 20 Cent verkauften. Bei 9 Cent Herstellkosten ein ausreichender Ertrag für die Bauern und ein guter Preis für die Konsumenten, die bei den Großverteilern für die gleichen Kartoffeln zwei Euro das Kilo bezahlen mussten – ein Preis, den sich in Griechenland immer weniger Menschen leisten können. „Im nächsten Winter werden wir dieses Projekt erweitern, mit zusätzlichen Produkten. Unser Ziel ist es, dass niemand in Griechenland Hungers sterben wird!“, verkündet der Abgeordnete der wichtigsten Oppositionspartei im griechischen Parlament.

„Es ist kein Geld, das wir vom übrigen Europa wollen. Wir erwarten keine Wohltätigkeit, sondern Solidarität!“ Das ist Costas Botschaft an uns, ein flammender Aufruf an die Arbeiterinnen und Arbeiter im nördlichen Europa, ihre griechischen KlassengenossInnen nicht im Stich zu lassen. Morgen wird er nach Spanien fahren, um sich mit spanischen Gewerkschaftern zu treffen und den Widerstand gegen die Krisenpolitik der Troika zu koordinieren. Denn dessen sind sich wohl alle bewusst: Es wird keinen griechischen oder spanischen Ausweg aus der Krise geben. Eine wirksame Antwort auf den Angriff auf ihre Arbeits- und Lebensbedingungen können die ArbeiterInnen in ganz Europa nur gemeinsam finden.

Über uns

Vom 15. bis 22. September 2012 sind wir – eine europäische Gruppe von Gewerkschaftern und solidarischen Menschen – nach Griechenland gefahren, um uns selbst ein Bild zu machen von den verheerenden sozialen Zuständen und vor allem um ein konkretes Zeichen der Solidarität zu setzen. Die Berichte über die verschiedenen Projekte, die wir mit den gesammelten Spendengeldern unterstützen, sind in überarbeiteter Form dem Reisetagebuch entnommen, das wir im Laufe der Woche geschrieben haben. Die geknüpften Kontakte in Griechenland wollen wir weiter vertiefen, um so auch in Zukunft über die unterstützten Projekte möglichst genau berichten zu können.

Spendenkonto

Manfred Klingele-Pape, Konto-Nr.: 1211 478 910, Hamburger Sparkasse (BLZ 200 505 50)

Verwendungszweck: Griechenland-Soli – Wer für ein bestimmtes Projekt spenden möchte, kann das beim Verwendungszweck anmerken.